

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/17094 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit empfiehlt auf Drucksache 16/17653 die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – CSU und FDP. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt worden.

Ich lasse abstimmen über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, Drucksache 16/17086. Das ist die Listennummer 161 der Anlage zur Tagesordnung. Der federführende Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit empfiehlt auf Drucksache 16/17652 wiederum die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER und GRÜNE. Gegenstimmen? – CSU und FDP. Stimmenthaltungen? Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 30 auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Abschaffung der Luftverkehrssteuer
(Drs. 16/15521)

Die Fraktionen haben sich darauf geeinigt, dass hierzu keine Aussprache stattfindet. Wir kommen damit zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt auf Drucksache 16/17625 die Ablehnung des Antrages. Wurde hierzu namentliche Abstimmung beantragt?

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

Die namentliche Abstimmung ist angekündigt worden und wir können sie somit durchführen. Die Urnen sind bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden, Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 15.30 bis 15.35 Uhr)

Ich schließe die namentliche Abstimmung. Die Stimmkarten werden außerhalb des Saales ausgezählt. Das Ergebnis wird bekanntgegeben.

Jetzt darf ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag "Gerecht. Solidarisch. Inklusion: Sonderinvestitionsprogramm ‚Bayern Barrierefrei 2025‘ auflegen!" – Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/16878 – bekanntgeben. Mit Ja haben 64, mit Nein 85 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 31 bis 35 auf:

Antrag der Abgeordneten Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar u. a. (SPD)
Landschaftsbildbewertung nach den vier Wertstufen des Windenergieerlasses schnellstmöglich erstellen (Drs. 16/17100)

und

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u. a. und Fraktion (SPD)
Speicherpotenzial- und -standortanalyse für Pumpspeicherkraftwerke in Bayern schnellstmöglich erstellen (Drs. 16/17296)

und

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u. a. und Fraktion (SPD)
Gebietskulisse Wasserkraft schnellstmöglich erstellen (Drs. 16/17297)

und

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u. a. und Fraktion (SPD)
Wasserkrafterlass schnellstmöglich erstellen (Drs. 16/17298)

und

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u. a. und Fraktion (SPD)
Windenergieausbau weiterhin ermöglichen - Keine überzogenen Abstandsregelungen für Windkraftanlagen (Drs. 16/17301)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion vereinbart. Bevor wir mit der Aussprache beginnen, kündige ich an, dass zu Tagesordnungspunkt 35 namentliche Abstimmung beantragt worden ist. - Herr Kollege Wörner hat jetzt das Wort.

Ludwig Wörner (SPD): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident!

(Zuruf von der CSU)

- Schön, dass Sie zurufen, Herr Sinner. Da kann ich gleich mit dem einsteigen, wo die Wahrheit liegt. Sie haben neulich hier etwas vorlaut verkündet, Sie hätten hundert Windräder errichten lassen. Ich habe sie bei Ihnen gezählt, bin aber ums Verrecken nicht auf hundert gekommen. So viel zum Wahrheitsgehalt Ihrer Aussagen in diesem Haus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir all diese Anträge eingebracht haben, hat natürlich einen guten Grund. Beim Winderlass war zugesagt, dass die Wertstufen klarer definiert werden, weil inzwischen eine Bandbreite von 35.000 bis weit über 100.000 Euro für dieselbe Anlage in derselben Gegend vorhanden ist. Wie soll ein Investor wissen, worauf er sich einlässt, wenn da nicht sorgfältig und klar definiert wird? Es war zugesagt, dass definiert wird. Aber passiert ist nichts.

In der Energiekommission wurde uns zugesagt – darin waren wir uns sogar alle einig –, dass ein Pumpspeicherkataster gemacht wird. Das ist notwendig, damit nicht marodierend durch die Gegend gezogen und überall gezündelt und Unruhe gestiftet wird. Aber mit dem Pumpspeicherkataster ist nichts.

Es gab das Thema "Gebietskulisse Wasserkraft". Da gab es eine Zusage für Dezember 2012. Ergebnis: nichts.

Es gab den Wasserkrafterlass. Da wurde für das letzte Jahr etwas zugesagt. Ergebnis: nichts.

Es gab das Thema "Netzstudie für Bayern", also nicht für die Bundesrepublik. Darüber wurde diskutiert. In der Energiekommission gab es Einigkeit. Ergebnis: nichts.

Dann kam der Oberhammer des Herrn Ministerpräsidenten, die Abstandsregelung zur Verhinderung der Windkraft in Bayern. Das führt dazu, dass man hinter die Energiewende einen Haken setzen und sagen kann: Nichts gewesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Haus habe ich unmittelbar nach Fukushima gesagt: Ich glaube Ihnen noch nicht, dass Sie die Energiewende und den Kernenergieausstieg wollen, weil Sie zu dem Zeitpunkt nicht von Überzeugung, sondern von Angst getrieben waren. Dies betraf nicht alle; das sage ich ausdrücklich dazu. Aber die meisten waren angstgetrieben und kehren genauso schnell dorthin zurück,

von wo sie hergekommen sind, nämlich zur Atomenergie.

(Widerspruch bei der CSU)

- Ja, ja. Ich weiß, wie Sie darüber denken. Aber natürlich ist es so. Sonst hätten Sie die Energiewende anders vorangetrieben, als Sie es bisher getan haben.

(Widerspruch bei der CSU)

- Wie wollen Sie bis 2020 die Wende schaffen? Das müssen Sie mir einmal erklären. Rein technisch geht es um einen Netzplan Bayern, der zu realisieren ist. Den braucht man; sonst geht es nicht. Wenn Sie den nicht haben, dann schaffen Sie es bis 2020 nicht. Damit spielen Sie den Energiekonzernen, auf deren Schoß Sie offensichtlich schon wieder sitzen, in die Hände.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man so ehrlich ist wie Herr Zeil, der sagt, dass er gern bei der Kernenergie geblieben wäre, dann ist das für mich völlig in Ordnung. Damit kann ich mich auseinandersetzen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist ehrlich! Ob es in Ordnung ist, ist eine andere Frage!)

Wenn die CSU aber verzögert, auf Zeit spielt und die Vorhaben, deren Umsetzung notwendig ist, nicht vorwärts bringt, dann kann ich daraus nur eines schließen: Sie wollen gar nicht mehr. Damit allerdings spielen Sie den Energiekonzernen in die Hände. Oder ist das etwa beabsichtigt? - Eigentlich müssten die Konzerne die Gelder für den Rückbau haben; wie sich mehr und mehr herausstellt, ist dem nicht so. Möglicherweise wollen Sie ihnen mehr Zeit einräumen und eine Steigerung der Kernkraftwerksleistung gestatten, damit sie an zusätzliche Gelder kommen. Man muss gar nicht böse sein, sondern braucht nur eins und eins zusammenzuzählen, um zu diesem Ergebnis zu kommen. Sie spielen jenen in die Hände, die letztlich doch eine Laufzeitverlängerung durchsetzen wollen, die Sie übrigens vor Fukushima auch noch angestrebt hatten. Am Ende werden Sie sagen, dass Sie durchaus gewollt hätten, dass aber die vielen Widerstände der bösen Roten und der bösen Grünen – möglicherweise sogar der eigenen Parteifreunde vor Ort – dafür gesorgt hätten, dass es nicht gelungen ist. Sie glauben, damit seien Sie außen vor. Erzeugt wird jedoch weiterhin hoch radioaktiver Müll, von dem Sie bis heute nicht wissen, wo er hin soll; vor allem soll er nicht nach Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Thema ist zu ernst, als dass man einfach zur Tagesordnung übergehen könnte.

Das ist meine letzte Rede im Landtag. Aber ich werde die Entwicklung weiterhin verfolgen; das ist schon spannend.

Mit dem Herrn Ministerpräsidenten wette ich nicht mehr so gern, weil das Einlösen der Wetten immer schwierig ist.

(Volkmar Halbleib (SPD): Er zahlt seinen Wett-einsatz nicht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, obwohl ich auch mit Herrn Kollegen Füracker harte Auseinandersetzungen hatte, war er sehr fair. Er hat dem entsprechenden Antrag im Zusammenhang mit dem "Bayernplan" zugestimmt, weil er zu Recht der Auffassung war: "Das Zeug muss her!" Er war der Einzige, der diesem Antrag, der auch auf der Liste stand, zustimmte, weil er die Notwendigkeit erkannt hatte. Ich sage ausdrücklich Dankeschön dafür. Sie sehen: Ich kann sehr wohl zwischen einzelnen Personen differenzieren.

Ich meine, es wäre notwendig gewesen, die anderen Pläne genauso abzuhandeln, um sicherzugehen, dass es vorwärts geht, und zwar deutlich. Mir ist bekannt, dass es viele Bemühungen gibt. Aber wie steht es in manchem Zeugnis? "Sie bemühten sich redlich." Das kann man Ihnen in der Energiepolitik bescheinigen, aber viel mehr nicht. Es ist notwendig, in der Energiepolitik kräftig Gas zu geben.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass es manchmal schmerzhaft für Sie war, wenn ich hier gestanden habe. Es hat mich aber immer gefreut; das gebe ich zu. So mancher brauchte vielleicht ein Kreislaufmittel, damit er herinnen blieb. Es hat mir immer Spaß gemacht, hier zu stehen. Es ist gut, in einem wunderschönen Land wie Bayern zu leben, das gleichzeitig so robust ist, dass es 60 Jahre CSU-Regierung mit ihrer Umweltpolitik überstanden hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Richtig ist: In diesem Land hat es das erste Umweltministerium Deutschlands gegeben, und die Roten Listen sind hier am längsten. Aber was hat es denn genutzt? Wenn es das Umweltministerium nicht gegeben hätte, wäre es wahrscheinlich auch nicht viel anders gewesen. Daraus folgt: Man sollte nicht so viel versprechen, sondern mehr halten und mehr handeln.

Ich habe einen Umweltminister erlebt, der einmal gemeint hat, ich sei ein guter Sparringspartner. Irgendwann ist der Sparringspartner besser gewesen als der Minister – weil der Minister gehen musste. Da gäbe

es so einige Geschichten zu erzählen. Ich sage aber ausdrücklich dazu: Es gab auch schöne Erlebnisse. Als wir mit Frau Stewens in der Energiekommission Verhandlungen führten, merkten wir, dass Ernsthaftigkeit dabei war und dass ein Profi am Werk war. Dass man später daraus nichts machen konnte, haben andere Herrschaften zu verantworten. Ich finde das schade, denn das wäre der richtige Weg gewesen, die Energiewende voranzutreiben.

Meine Damen und Herren von der Koalition, wie Sie sich üblicherweise verhalten, hat man am gestrigen Tag wieder deutlich gesehen. Der Herr Ministerpräsident nickte noch freundlich, als wieder einmal ein Hochwasser über uns hereinbrach und ich hier forderte, mehr für die Umwelt und den Klimaschutz zu tun, insbesondere den CO₂-Ausstoß zu verringern. Dann bringen wir ein Klimaschutzgesetz auf den Weg, von dem unsere jungen Kollegen sagen, es sei Käse und verursache einen viel zu hohen Aufwand. Gestern hat die CDU in Baden-Württemberg selbigem Gesetz zugestimmt – mit Rot und Grün zusammen!

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Vielleicht sollten Sie, meine Damen und Herren von CSU und FDP, einmal darüber nachdenken, was Sie in diesem Haus so treiben.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht überlegen Sie noch einmal, ob das, was Sie tun, alles richtig ist. Ich empfehle Ihnen Folgendes: Sperren Sie Ihre Reflexe gelegentlich weg, lehnen Sie nicht immer alles ab, was von der anderen Seite des Hauses kommt!

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Gelegentlich gelingt es uns, über die Tische hinweg zu verhandeln. Manchmal nützt einfach Zuhören.

Ich hatte im Umweltausschuss eine Zeit lang einen Partner, mit dem ich gut zusammenarbeiten konnte. Mit ihm hat es immer Spaß gemacht. Wir haben gestritten, aber es hat am Ende funktioniert, das heißt, es ist etwas herausgekommen.

Ich wünsche mir für dieses Land nur eines: dass es ihm, was Umwelt- und Energiefragen angeht, besser gehen möge als heute. Den Menschen hier geht es nicht schlecht; das sage ich ausdrücklich dazu.

Ich wünsche mir, dass in dieses Parlament etwas mehr Weisheit einkehrt, wenn es darum geht, auch Anträge anderer Fraktionen ernst zu nehmen.

(Zurufe von der CSU)

– Ich wünsche mir, dass so manche klugen Zwischenrufer erst das Hirn einschalten und dann den Mund aufmachen. Das soll helfen, habe ich mir sagen lassen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrter Herr Kollege Wörner, ich darf Ihnen im Namen des Hohen Hauses sehr herzlich danken – nicht nur für das, was Sie uns in Ihrer heutigen Rede mit auf den Weg gegeben haben, sondern auch für Ihre gesamte Arbeit im Hohen Haus. Sie haben viel für den Parlamentarismus geleistet; das tut gut. Vielen Dank. Alles Gute für Sie!

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN und Abgeordneten der CSU und der FDP)

Ich darf in der Rednerliste fortfahren und Herrn Kollegen Blume das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Blume (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es muss wahrscheinlich so sein, dass diese Legislaturperiode mit einer Diskussion über das Thema, das uns mit am meisten beschäftigt hat, zu Ende geht. Allerdings werden wir wahrscheinlich auch heute Nachmittag hinsichtlich der Bewertung dessen, wo wir stehen und wohin wir wollen, nicht ganz zusammenkommen.

Gestatten Sie mir eine persönliche Anmerkung, lieber Kollege Wörner: Sie wissen sicherlich, dass ich Sie als Kollegen im Umweltausschuss fachlich durchaus geschätzt habe. Wir hatten in der Tat gute Diskussionen in der Energiekommission, jedenfalls solange Sie dabei waren. Ich finde es schade, dass es Ihnen heute nicht gelungen ist, einen besseren Abgang zu finden. Stattdessen haben Sie sich vor einen Karren mit fünf Schaufensteranträgen spannen lassen, die Ihre Partei eingebracht hat, um aus ihrer Sicht noch einmal abzustecken, wo wir in Bayern stehen bzw. nicht stehen. Ich möchte Ihnen erstens zurufen: Die Energiewende in Bayern ist eine Erfolgsgeschichte. Das lassen wir uns auch von der Opposition nicht kaputtreden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Kein Land in der Bundesrepublik Deutschland ist beim Zubau der erneuerbaren Energien weiter gekommen.

(Ludwig Wörner (SPD): 50 % sind Altlasten! Wasser!)

Wir stehen aktuell bei einem Anteil der erneuerbaren Energien von 35 %. 50 % ist das Ziel. Ich kann nicht erkennen, dass wir vom Weg abgekommen wären.

Der nächste Punkt ist der Klimaschutz. Wir haben gestern eine Debatte darüber geführt. Welches Land in der Bundesrepublik Deutschland hat in den letzten zehn Jahren den größten Beitrag zum Klimaschutz geleistet? – Das war Bayern! 25 % der CO₂-Einsparungen gehen auf das Konto Bayerns, meine Damen und Herren. Das ist unser Erfolg im Freistaat.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Kollege Wörner, Sie haben speziell das Thema Windenergie und Wasser angesprochen. Sie haben versucht, Baden-Württemberg, Ihr Musterländle, zum Vorbild zu erklären. Im vergangenen Jahr 2012 hat Bayern zehnmal so viel neue Windenergie ans Netz gebracht wie Baden-Württemberg. Ich frage mich: Woran liegt dies? Wenn es an der Politik liegt, dann geht dies ebenfalls 1 : 0 oder 2 : 0 für den Freistaat Bayern aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben aber auch immer klar gemacht – das ist der nächste Punkt –, dass die Energiewende kein Ponyhof ist und dass wir gerade nicht den einfachen Weg beschreiten können, wenn wir verantwortungsvolle Politik betreiben wollen. Dies heißt aber auch, sich all den vielen Herausforderungen, Problemen, Zielkonflikten und dergleichen mehr zu stellen. Deswegen dauert die eben nicht ganz einfache Lösung manchmal auch etwas länger. Sie weisen heute in etwas kleinkariertem Art und Weise auf bestimmte Termine und Fristen hin, die wir uns selbst gesetzt haben

(Ludwig Wörner (SPD): Eben!)

und an denen wir uns durchaus messen lassen. Wir müssen aber auch sagen, dass die Energiewende nur funktioniert, wenn wir alle zusammenhelfen. Deshalb muss ich Ihnen zu den Punkten, die Sie heute benennen, einfach zurufen: Es hat nicht am politischen Willen unserer Seite gefehlt – ganz im Gegenteil; es waren Ihre Freunde und die von Herrn Hartmann und all den anderen, zum Beispiel der Bund Naturschutz, die gegen jedes Projekt der Energiewende draußen demonstrieren, aber in Sonntagsreden appellieren.

(Zuruf von den GRÜNEN: So ein Schmarrn!)

Das ist der Grund gewesen, warum bei vielen Dingen, gerade bei der Wasserkraft – das wissen Sie selbst

ganz genau, Herr Wörner –, nichts vorangegangen ist.

Zum Thema Landschaftsbildbewertung kam viel Wind um nichts von Ihrer Seite. Sie wissen, dass das LfU bei der Arbeit ist und einen Vorschlag machen wird. Auch die Speicherpotenzialanalyse für Pumpspeicherkraftwerke befindet sich in der Erstellung. Auch das ist Ihnen bekannt.

Gebietskulisse Wasserkraft und Wasserkrafterlass betreffen genau den Fall, über den wir gerade gesprochen haben. Nicht wir waren es, die nicht lösungsorientiert darangegangen sind. Als Resümee ist festzuhalten, dass es einfach nicht möglich war, alle an einen Tisch zu bringen und einen Konsens zu erreichen,

(Ludwig Wörner (SPD): Dann muss man aber politisch entscheiden!)

weil eben – das muss ich leider unterstellen – von Ihrer Seite zu manchen Punkten der Konsens gar nicht gewünscht ist. Ihr Interesse ist jedenfalls auf kurze Sicht, dass die Energiewende nicht gelingt, damit Sie nachweisen können, dass wir die Energiewende nicht schaffen können. Wir rufen Ihnen zu, Herr Wörner: Wir schaffen die Energiewende in Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum weiteren Ausbau der Windenergie hatten wir in der vorletzten Plenarsitzung eine große Debatte. Ich möchte nicht weiter darauf eingehen, sondern für unsere Fraktion nur festhalten, dass die Energiewende menschen- und umweltverträglich vonstatten gehen muss. Das heißt, dass man neue Entwicklungen, Höhenentwicklungen und anderes natürlich auch politisch adressieren muss und davor nicht die Augen verschließen darf und einfach so weitermachen kann wie bisher. Deswegen stehen wir voll hinter dem, was wir hier vor zwei Wochen beschlossen haben.

Insgesamt ist leider festzuhalten, dass über allen fünf Anträgen, die Sie uns präsentieren, das Motto steht: Viel Wind um nichts. Sie versuchen verständlicherweise, auf der Zielgeraden des Wahlkampfs für sich etwas Rückenwind zu organisieren.

Herr Kollege Wörner, Sie haben gesagt, dass Sie aus der Politik ausscheiden. Soweit ich Sie als Sachpolitiker kennengelernt habe, bedauere ich das. Wenn ich es richtig verstanden habe, haben Sie deutlich gemacht, dass Sie sich weiterhin in den Dienst der Sache stellen und genau beobachten wollen, ob die Energiewende gut vorangeht. Ich möchte Ihnen gerne zurufen: Gehen Sie einfach raus, nehmen Sie am

besten Kollegen Hartmann und andere mit und demonstrieren Sie für die Energiewende. Gehen Sie dorthin, wo in Zukunft neue Leitungen gebaut werden. Gehen Sie dort hin, wo ein Pumpspeicherkraftwerk in Planung ist. Gehen Sie dort hinaus, demonstrieren Sie, nehmen Sie die Menschen mit und sagen Sie ihnen: Das ist das richtige Projekt. Dann werden wir uns auch beeilen, dass der Kataster noch schneller kommt und Ihnen als Erstem zur Verfügung gestellt wird.

(Ludwig Wörner (SPD): Sie wollen den Kataster ja gar nicht machen!)

Alles Gute für die weitere Zeit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Das Wort hat Kollege Glauber. Bitte.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Als ich in den Bayerischen Landtag kam, hätte ich nicht gedacht, dass wir, Herr Ministerpräsident, die Energiewende für Bayern und den Ausstieg aus der Atomkraft beschließen werden. Fukushima hat für uns alle eine Veränderung gebracht, und alle fünf Fraktionen in diesem Hause haben sich gemeinsam dazu entschlossen, die Energiewende anzugehen.

Ich sehe es anders als Kollege Blume, der von einer kraftvollen Politik für diese Energiewende gesprochen hat; denn er beschreibt wieder einmal, dass wir in Bayern natürlich einen geografischen Vorteil hatten. Dieser geografische Vorteil, stark bedingt durch die Wasserkraft, lässt uns beim Zubau erneuerbarer Energien nicht ganz vorne erscheinen. Das muss man einfach anerkennen. Wir könnten da hinsichtlich der Ziele deutlich weiter sein.

Herr Kollege Blume beschreibt, dass nichts passiert ist. Wer regiert denn? Ich danke den Kolleginnen und Kollegen der SPD, und ich danke Ludwig Wörner dafür, dass dies noch einmal aufgerufen wurde; denn alle fünf Punkte können Sie als in der Regierungsverantwortung Stehende natürlich erledigen. Sie haben auch angekündigt, dass Sie den Wasserkrafterlass bringen, dass Sie eine Speicherpotenzialanalyse zu Pumpspeicherkraftwerken bringen. Wo bleibt der Wasserkrafterlass? Das liegt in Ihrer Regierungsverantwortung. Wenn man das verantwortet, dann muss man es auch bringen, wenn man diese Energiewende ernst nimmt.

Ich glaube, dass wir zwei Jahre verloren haben. Wir könnten bei der Energiewende deutlich weiter sein.

Die nächste Wahl wird das auch zeigen. Ich spreche für die Fraktion der FREIEN WÄHLER: Im neuen Landtag werden wir, egal, ob wir auf der Regierungsseite oder auf der Oppositionsseite sitzen, ein Energieministerium fordern. Ein Energieministerium ist für die nächsten Jahre eine wichtige Einrichtung. Im Bund gab es öfter Ministerien, die temporär eingerichtet wurden und anschließend wieder verschwunden sind. Die Energiewende ist ein so wichtiges Projekt für Bayern und für Deutschland, dass wir ein solches Ministerium brauchen werden, das sich konzentriert mit den Fragen der Energiewende beschäftigen wird.

Wir brauchen unbedingt einen Masterplan. Auch die Städte, die Gemeinden und die Landkreise haben Ihnen immer wieder in Ihr Stammbuch geschrieben, dass Sie einen Masterplan ausarbeiten sollen, der erforderlich ist, wenn wir bei dieser Energiewende vorankommen wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lieber Umweltminister Huber, Sie haben mir von diesem Redepult aus zugerufen und mich gefragt, ob ich die 120-60-Regelung kenne. – Ja, ich kenne sie. Sie haben mir von diesem Redepult aus aber auch erklärt, dass Sie kraftvoll handeln werden. Soll ich Ihnen sagen, wie kraftvoll Sie gehandelt haben? – Sie haben so kraftvoll gehandelt, dass Sie im Bundesrat die Entscheidung über Ihre Zehnfach-Regel bis einen Tag vor der Bundestagsabstimmung hinausgeschoben haben. Das war natürlich sehr kraftvoll. Ich muss Ihnen schon sagen: Wenn ich etwas möchte, muss ich auch den Mumm dazu haben. Ich habe Ihnen zugerufen: Ändern Sie § 35. Sie haben doch genau gewusst: Sie müssen § 35 ändern, damit das Land einen Zugriff darauf hat. Wenn Sie § 35 ändern, sodass man im Land Zugriff hat, können Sie auch eine Zehnfach-Regel einführen, statt bis einen Tag vor der Abstimmung im Bundestag zu warten. Sonst ist dies nämlich nur ein Schaugefecht – das wissen die Bürgerinnen und Bürger auch –, weil Sie genau wissen, dass Sie das nicht durch den Bundesrat bekommen werden. Deshalb ist das viel Wind um nichts.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich meine, das Thema Energiewende wurde in dieser Periode – für mich als neuer Abgeordneter war das eine Besonderheit – eines der zentralen Themen. Ich glaube auch – das habe ich schon angesprochen –, dass dies sicher über die Periode hinausgehen wird und wir daran gemessen werden, was wir bis 2020 erreichen. Kollege Blume spricht davon, dass man schon weit ist. 2020 wird abgerechnet werden. Ein Land wie Bayern mit so viel atomarem Strom wird daran gemessen werden,

ob wir diese Anstrengungen wirklich ernst genommen haben. Allen muss auch klar sein, dass wir in Bayern am Ende des Tages, wenn die Endlagerfrage gestellt wird, wohl in die Verantwortung genommen werden. Alle technischen Zeichen deuten darauf hin, dass atomarer Müll oberirdisch, begehbar, handhabbar und mit der Möglichkeit der Besichtigung gelagert wird. Wir werden uns in Bayern die Frage stellen müssen, was wir mit diesen 6.000 Tonnen atomarem Müll tun werden. Mit dieser Frage werden wir uns in der neuen Legislaturperiode beschäftigen müssen. Ich bin gespannt, welche Diskussionen wir dann führen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte als jugendpolitischer Sprecher, der im Jahr 2008 als neuer Abgeordneter in den Landtag eingezogen ist, ein paar persönliche Worte sagen. Für mich als neuer Abgeordneter war die Art und Weise, wie uns das Landtagsamt immer zur Seite stand, immer sehr angenehm. Ich möchte Ihnen dafür danken, wie Sie die Neulinge betreut haben und dass Sie immer für uns da waren. Herzlichen Dank dafür.

(Allgemeiner Beifall)

Ich möchte mich auch bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken; denn diese machen es uns überhaupt erst möglich, gute Politik zu machen. Sie stehen uns mit Rat und Tat zur Seite. Vieles ist möglich, weil unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer hinter uns stehen und viele Nächte durcharbeiten, damit gute Politik für Bayern gemacht werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich bei Ihnen bedanken. Für einen Neuen war die Tätigkeit am Anfang sehr anspruchsvoll. Es war aber auch sehr angenehm. Allen Kolleginnen und Kollegen, die in den verdienten Ruhestand treten oder nicht mehr antreten, wünsche ich alles Gute. Bei allem Wettstreit um die besten Ideen für Bayern war es immer sehr angenehm, für das beste Ergebnis zu kämpfen.

Ich möchte zum Schluss noch ein Statement loswerden: Ich halte es nicht für entscheidend, am Ende des Tages zu analysieren, wer künftig Bayern regieren wird. Wird es eine Alleinregierung geben? Wird es eine Koalition geben? Unser Anspruch darf es doch nicht sein, Mehrheiten zu erhalten, sondern muss sein, für Bayern eine gute Wahlbeteiligung zu erhalten. Sie muss höher sein als die Wahlbeteiligung bei der letzten Landtagswahl. Dies muss unser höchster Anspruch sein. Nur dann wird die Demokratie siegen. Es geht nicht darum, welche Mehrheiten von den Parteien organisiert werden, sondern um eine Wahlbeteiligung, die höher sein muss als beim letzten Mal. Unser Anspruch in den nächsten Wochen muss es

sein, dass die Bürgerinnen und Bürger zur Urne gehen und nicht die Nichtwähler siegen. Das ist ganz wichtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ich wünsche Ihnen alles Gute bis zum 15. September. Ich freue mich, wenn die Debatte um die Energiewende hier weitergehen wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat Herr Kollege Hartmann das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon erstaunlich, dass die CSU-Fraktion und die Staatsregierung jedes Mal wieder versuchen, sich als Vorreiter der Energiewende darzustellen. Wenn einer dafür verantwortlich ist, dass Bayern beim Strom mit einem hohen Solarstromanteil und einem hohen Biomasseanteil so gut dasteht, sind das die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande. Dies ist das Verdienst der Bürger, der Bürgermeister und der Kommunalpolitiker in diesem Lande, die ihrer Zeit voraus waren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir müssen doch nur zurückblicken. Sie haben die Energiewende im Jahr 2011 als Getriebene eingeleitet, nicht jedoch aus Überzeugung. Sie haben das nur getan, weil Sie getrieben worden sind. Sie hatten Angst vor Wahlergebnissen. Erstaunlich ist: Die Bürgerinnen und Bürger haben investiert. Deshalb liegt Bayern beim Ausbau weit vorne. Jetzt ist jedoch der Netzausbau auf der Ebene der Verteilnetze dringend geboten. Immer wieder werden Fortschritte beim Stromspeicher gefordert. Hier können die Bürgerinnen und Bürger keine Vorreiterrolle einnehmen. Die Bürger können keine Netzverteilstudie auf den Weg bringen. Die Bürger sind auch nicht in der Lage, ein Pumpspeicherkraftwerk auf den Weg zu bringen.

(Christa Stewens (CSU): Gegen Ihren Widerstand!)

Die Standardisierung der Wertstufen, die auch in den Anträgen gefordert wurde, können die Bürger ebenfalls nicht auf den Weg bringen. Da ist die Staatsregierung gefragt. In diesem Punkt haben wir in diesem Hause seit zweieinhalb Jahren ein totales Versagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Christa Stewens (CSU): Die Bürger sind auch gefragt!)

Ich möchte noch einen weiteren Punkt kurz ansprechen. Einige von Ihnen haben vielleicht schon vergessen, dass vor zweieinhalb Jahren zwei Energie-Konzepte herumgegeistert sind: Zunächst hat der damals aktive Umweltminister Dr. Markus Söder ein Konzept vorgelegt, das nach ein paar Wochen wieder verschwunden ist. Das Konzept von Herrn Minister Zeil hat sich dann durchgesetzt. Es ist jedoch mehr Show als Konzept. Der Ministerpräsident hat der Debatte um die Windkraft mit seinen Vorschlägen über den Zubau gewaltig Wind aus den Segeln genommen. Er hat gesagt, dass er die Abstände vergrößern wolle. Interessant fand ich, dass dies damals mit der Aussage begründet wurde, die Schöpfung bewahren zu wollen. Für was machen wir eigentlich die Energiewende? Wir machen sie doch, um die Schöpfung zu bewahren. Das ist doch der entscheidende Grund, warum wir die Energiewende vorantreiben und zum Erfolg führen müssen.

Ich bin vollkommen auf Ihrer Seite, wenn Sie immer wieder sagen: Es geht nicht gegen die Bevölkerung. Dann muss die Bevölkerung aber auch die richtigen Planungsinstrumente erhalten. Die Kommunen müssen die Menschen einbinden und Vorrangflächen ausweisen können. Wir brauchen eine bessere Ausstattung der Planungsverbände; denn wir können die Bürgermeister mit der Planung nicht alleine lassen. Das ist eine sehr komplexe Materie. Diesbezüglich ist in den letzten zwei Jahren jedoch nichts passiert. Hier hätte man eingreifen können.

Ein weiterer Punkt: Sie haben vorgeschlagen, die militärischen Flächen zu verwenden, die in Bayern frei werden. Interessant war, dass Ihr eigenes Umweltministerium auf Anfrage zum Plenum erklärte, dass angefragt worden sei, wie viele Flächen frei würden. Vier größere Flächen werden frei. Wenn jedoch ein Abstand von zwei Kilometern zugrunde gelegt würde, fielen diese Flächen wieder heraus. Wo sollen denn dann die Flächen sein?

Ein anderes Thema: Sie sprechen immer wieder von der Umzingelung der Ortschaften. Eine Umzingelung könnte ich auch mit einem Planungsinstrument verhindern. Dazu müsste nicht die Höhe als Maßstab genommen werden.

Ich möchte auf einen weiteren Bereich eingehen, der beim Thema Energiewende bisher zu kurz gekommen ist. Wenn wir wirklich vorankommen wollen, müssen wir einen Blick nach vorne werfen. Es reicht nicht aus, sich lediglich darauf auszuruhen, was bis jetzt passiert ist. Hier haben wir eine Reihe von Versäumnissen. Die Anträge der SPD beziehen sich auf Punkte, die immer wieder angekündigt worden sind, bei denen wir jedoch auf die Umsetzung warten. Das waren

keine Ideen der SPD. Dabei ging es um Baustellen, die auf ihre Umsetzung warten. Diese Baustellen werden heute im Plenum behandelt. Wenn Sie es mit der Energiewende ernst meinen würden, müssten Sie diesen Anträgen zustimmen.

Ich möchte jetzt eine Debatte, die Herr Kollege Wörner vorhin begonnen hat, weiterführen. Auf der einen Seite haben wir eine Staatsregierung, die immer wieder die Probleme der Energiewende benennt und die Herausforderungen in den Mittelpunkt stellt, auf der anderen Seite treibt das Umweltministerium der gleichen Staatsregierung die Leistungserhöhung eines Kernkraftwerks voran. Hier muss man sich die Frage stellen, welche Energiewende Sie in diesem Land eigentlich wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Christa Stewens (CSU): Ein Verfahren, das seit Jahren läuft!)

Zum Schluss möchte ich auf die Dynamik in Bayern vor Ort eingehen. Ich fahre einmal im Jahr mit meiner Energietour quer durch Bayern. Ich besuche Bürgermeister, Leiter von Stadtwerken und Energiegenossenschaften sowie mittelständische Unternehmen. Alle sind mit im Programm. Ich merke, dass sich durch den Einstieg der Staatsregierung in die Energiewende durchaus etwas zum Positiven entwickelt hat. Wir haben eine Aufbruchstimmung. Die Leute wollen mitmachen. Ich spüre eine Begeisterung. Statt die Leute mitzunehmen und auf ihrer Begeisterung aufzubauen, werden sie jedoch verunsichert.

(Christa Stewens (CSU): Durch Sie!)

Sie machen die Planungssicherheit kaputt. Überall, wo Windkraftprojekte in der Pipeline sind und Überlegungen mit Energiegenossenschaften laufen, sind die Banken kurz davor oder bereits dabei, den Geldhahn zuzudrehen, weil es in diesem Land bei der Energiewende keine Verlässlichkeit mehr gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Thalhammer.

Tobias Thalhammer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Sie nicht länger vom Wahlkampf und von der Sommerpause abhalten.

Lieber Herr Wörner, lassen Sie mich ein persönliches Wort an Sie richten. Herr Kollege Wörner, herzlichen Dank für das Miteinander und den intensiven Dialog, den wir miteinander geführt haben. Sie haben am Schluss in der Umweltpolitik mit Ihrer großen Interpellation zum Thema Wasser für Bayern etwas Gutes

getan. Darauf können wir aufbauen. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der FDP, der CSU, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Beim Thema Energie ist mein Lob nicht ganz so überschwänglich. Ich habe schon einige Male kritisiert, dass die Opposition die Mitarbeit in der Energiekommission aus Gründen, die keiner verstanden hat, aufgekündigt hat.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wundert euch das?)

Der einzige Grund ist vielleicht der anstehende Wahlkampf. Dass diese vier Schaufensteranträge am Schluss der Legislaturperiode aufgerufen wurden, ist somit schlussendlich nur mit dem Sprichwort zu erklären: Am Abend werden die Faulen fleißig. Deshalb wurden kurzfristig Energieanträge eingereicht.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wir haben in dieser Legislaturperiode genügend zum Thema Energiepolitik gesagt und gehandelt. Man muss zu diesen Anträgen nicht mehr explizit Stellung nehmen.

Lassen Sie mich bitte noch zwei Dinge kurz ansprechen. Die unglaubliche Dynamik, die sich zum Thema Energiepolitik in dieser Legislaturperiode entwickelt hat, und die Zunahme des Interesses aufseiten der Politik, aber auch in der Bevölkerung durch den schrecklichen Unfall in Fukushima sind schon bemerkenswert. Es war auch interessant zu sehen, wie in Zement gemeißelte Grundsätze auf einmal anders lauteten.

Ich freue mich, dass ich die Energiepolitik in dieser Legislaturperiode aktiv mitgestalten durfte. Rückschauend erinnere ich mich heute gerne an eine Rede, die ich in diesem Hause hielt - das war vor Fukushima -, in der ich gefordert habe, Isar 1 abzuschalten, weil wir die Leistung nicht benötigen und weil wir den radioaktiven Müll weiter reduzieren sollen. Ich freue mich, dass wir uns heute darüber streiten, wie wir die Energiewende weiter voranbringen. Dabei handelt es sich um eines der entscheidenden Zukunftsthemen in unserem Land. Wir leben in einem Industrieland, das wir nicht gefährden dürfen.

Nicht alle Menschen in der Welt verstehen, wie wir in Bayern vorgehen. Manche beäugen uns und denken: Sind die Bayern ein bisschen verrückt? – Aber Bayern und Deutschland waren schon immer auch weltweit Taktgeber und sind mit gutem Beispiel vorangegangen. Wenn gerade wir als Industrieland es schaffen,

uns vernünftig in das Zeitalter der erneuerbaren Energien zu bewegen, und zwar ohne große Netzausfälle und unter der Bedingung, dass sich jeder den Strompreis leisten kann, wenn wir also eine vernünftige Energiewende schaffen, dann haben wir hier in Bayern eine doppelte Chance, ökologisch wie ökonomisch; denn wenn wir es als Industrieland schaffen, mit unseren Umwelttechnologien, mit unseren erneuerbaren Energien, Vorreiter zu werden, kann Bayern eine weltweite Marke auf dem Gebiet der Umwelttechnologie werden, wie es beispielsweise Silicon Valley in der Computerindustrie ist. Ich freue mich, dass wir uns ein Stück in diese Richtung bewegt haben. Ich wünsche mir, dass wir alle gemeinsam im Sinne dieser doppelten Chance für Bayern unsere Vorhaben in der nächsten Legislaturperiode weiter kräftig voranbringen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Dr. Marcel Huber um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass der Klimawandel keine Hypothese ist, sondern tatsächlich stattfindet, haben wir heuer leidvoll erlebt. Man muss zwar nicht jedes extreme Wetterereignis und jeden starken Regen gleich mit dem Klimawandel erklären, aber angesichts der Häufung dieser Ereignisse kann man nicht darüber hinwegsehen. Als Konsequenz daraus muss man sich einerseits dagegen wappnen, andererseits muss man die Ursachen bekämpfen. Deswegen arbeiten wir schon lange daran, ehrgeizige Klimaziele zu verwirklichen. Wir wollen bis 2020 deutlich die Marke von sechs Tonnen CO₂-Emissionen pro Bürger und Jahr unterschreiten. Immer wieder wird behauptet, Bayern mache nur Sprüche. Tatsächlich liegt der entsprechende Wert im Bund bei neun Tonnen und in den USA bei siebzehn Tonnen pro Bürger und Jahr. Wir sind hier also gut unterwegs.

Wir verfolgen das Ziel, eine Industrienation wie Deutschland mit 80 Millionen Einwohnern auf regenerative Energien umzustellen und gleichzeitig aus einer Energieform wie der Kernkraft auszusteigen, die vor zwei Jahren noch 56 % unseres Stroms in der Grundlast erzeugt hat. Das ist ein ehrgeiziges Ziel. Wir sind dabei gut unterwegs. Ich frage mich, Herr Hartmann, wie es sich in anderen Bundesländern verhält. Natürlich ist das Verhalten der Investoren und der Bürger maßgeblich; darin unterscheidet sich Bayern nicht von Mecklenburg-Vorpommern. Allerdings beziehen die Bürger in Deutschland durchschnittlich 25 % des er-

zeugten elektrischen Stroms aus regenerativen Energien. Unser Wert liegt bei 35 %. Das liegt vielleicht auch an Bayern. Wir sind gut unterwegs.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Die Probleme treten jedoch dann auf, wenn es um konkretes Handeln geht. In der abstrakten Erörterung herrscht große Zustimmung, aber sobald es um konkretes Handeln geht, wird es schwierig.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Das haben Sie natürlich auch gemerkt. Wenn Sie mich auffordern, ein Pumpspeicherkataster im Galopp zu schaffen,

(Zuruf von den GRÜNEN: Drei Jahre!)

müssen Sie die Situation näher betrachten. Ich will jetzt nicht den Einzelfall erörtern und nicht vorweg entscheiden. Aber sobald irgendeiner den Kopf herausstreckt und erklärt, er wolle an einer bestimmten Stelle ein Pumpspeicherkraftwerk errichten, wird ihm entgegnet: Um Gottes willen, genau dort geht es nicht. Aus diesem Grund muss ich sagen: Pumpspeicherkataster, Gebietskulisse, Windkraft, Wasserkraft-erlass – all diese Begriffe rufe ich Ihnen, die Sie dazu Anträge gestellt haben, zu und fordere Qualität auf der einen Seite und Beteiligung der Bürger auf der anderen Seite.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die Beteiligung der Bürger möchte ich Ihnen an dieser Stelle noch einmal erklären. Wenn wir unsere Ziele nicht mit einem gesamtgesellschaftlichen Konsens erreichen, sondern dies mit einem ideologischen Hintergrund versuchen, dann gelingt es nicht. Für mich ist völlig unerklärlich, wie man zwei Energieformen ideologisch so unterschiedlich bewerten kann nach dem Motto: Wasser pfui, Wind hui. Ohne ins Detail zu gehen, merke ich an, dass ich diese grundsätzliche Festlegung manchmal fast für lächerlich halte. Wenn sich irgendwo Fische beunruhigt fühlen, muss man angeblich dort eine Technologie komplett ächten. Wenn man dann aber die Bedenken der Menschen betrachtet, die sich durch große Windkraftanlagen beeinträchtigt fühlen, wird gefordert: Sie sollen nicht so empfindlich sein, das ist im Rahmen der Energiewende einfach zu tolerieren. – Hier wird mit zweierlei Maß gemessen, meine Kolleginnen und Kollegen. An dieser Stelle wollen wir anders an die Problematik herangehen. Wir wollen die Verhältnisse sauber regeln. Wir wollen das Schutzgut Natur berücksichtigen, zu dem der Schutz von Vogelarten und Fledermäusen gehört,

und das Schutzgut Landschaft, das Bayern prägt, aber auch das Schutzgut Mensch.

Aus diesem Grund legen wir gerade im Umgang mit der Windkraft besonderen Wert auf das Schutzgut Mensch. Sie müssen zugeben, dass wir uns in den Neunzigerjahren in der Debatte um die Windenergieanlagen auf das Thema Lärm fixiert haben. Das Bundesbaugesetzbuch bezieht sich auf den Störungsfaktor Lärm. Die Anlagen waren damals 80 oder 90 Meter hoch. Aus neueren Erkenntnissen resultieren heute andere Abstände, und die Anlagen weisen nunmehr eine Höhe von 200 oder 220 Metern auf. Um die Bedrängungs- und Umzingelungswirkung ist es also anders bestellt. Wir wollen die Nöte der Menschen aufgreifen und eine höhenabhängige Abstandsregelung schaffen. Wir wollen die Umzingelungswirkung definieren, sodass die Menschen sich in ihrem Lebensumfeld nicht mehr unwohl fühlen, weil sie überall nur noch sich drehende Windanlagen sehen. Diese Vorgehensweise ist legitim und dient dazu, die Akzeptanz dieser Technologie in der Bevölkerung zu erhöhen. Genau an dieser Stelle befinden wir uns.

(Beifall bei der CSU)

Derzeit bringen wir ein Paket auf den Weg, das die Genehmigung im Konsens mit den Bürgern vor Ort voranbringt, und zwar unter Berücksichtigung ihrer Sorgen und Nöte, ohne eine Technologie aus ideologischen Gründen gänzlich voranzustellen oder abzuwürgen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind zwar gut unterwegs, aber vor uns liegen viele Hausaufgaben: Netzausbau, Reservekraft, Speichermöglichkeiten, Demand-Side-Management und ein Marktdesign, das es ermöglicht, die erneuerbaren Energien in den Markt zu überführen. All diese Hausaufgaben liegen vor uns. Wir wollen sie gemeinsam anpacken, und ich fordere Sie auf, uns in der nächsten Legislaturperiode dabei behilflich zu sein;

(Volkmar Halbleib (SPD): Oder umgekehrt!)

denn das werden wir nur gesamtgesellschaftlich schaffen. Die Anträge, die Sie heute hierzu hochgezogen haben, helfen dabei nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der jeweils federführende Ausschuss für Umwelt und Gesundheit empfiehlt die Ablehnung aller fünf Anträge. Kolleginnen

und Kollegen, besteht damit Einverständnis, dass wir über die Anträge insgesamt abstimmen? Ich beziehe mich auf die Tagesordnungspunkte 31 mit 34; den Tagesordnungspunkt 35 nehme ich aus, weil wir über ihn namentlich abstimmen werden. Besteht damit Einverständnis, dass insgesamt abgestimmt und der Abstimmung das Votum des jeweils federführenden Ausschusses für Umwelt und Gesundheit zugrunde gelegt wird? – Das ist der Fall. Dann lasse ich so abstimmen. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im federführenden Ausschuss für Umwelt und Gesundheit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Damit sind die vier Anträge abgelehnt.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 35. Das ist die Drucksache 16/17301. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich dies im Rahmen der namentlichen Abstimmung zu tun. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte Sie, die Stimmkarten einzuwerfen. Sie haben fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 16.21 bis 16.26 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, die Stimmkarten wie immer draußen auszuzählen. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen.

Ich darf Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Keine Abschaffung der Luftverkehrssteuer" auf der Drucksache 16/15521 bekannt geben. Mit Ja haben 61 gestimmt. Mit Nein haben 80 gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Ich rufe erneut Tagesordnungspunkt 2 auf:

Offen ist noch die Nummer 218 der Anlage zur Tagesordnung, über die nur noch abgestimmt werden muss.

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unverzügliche Aufklärung über Missstände an der Privaten Fachoberschule Schweinfurt ("EPFOS")
(Drs. 16/17550)

Der federführende Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport empfiehlt auf Drucksache 16/17826 Zustimmung mit der Maßgabe, dass im zweiten Absatz nach